



Die militärische Wichtigkeit der Hinterpommerschen Eisenbahnen.

Je enger das Eisenbahnetz ist, welches ein Land durchzieht, desto besser wird das Land zum Kriege gerüstet erscheinen, um so stürmischer wird sein Angriff nach außen, um so energischer sein Widerstand im Innern sein. Dies beweist für Jeden, der daran zweifeln sollte, der neueste russisch-türkische Krieg.

Hätte Rußland's Kaiser beim Beginn dieses Krieges über ein Eisenbahnetz in seinem Reiche zu gebieten vermocht, hätte er außer den Eisenbahnen von Petersburg nach Moskau und von Warschau nach Krasau, auch nur eine Eisenbahn besessen von Moskau nach Odessa und weiter einerseits bis Perekop, und andererseits bis Ismael an der türkischen Grenze, hätte außerdem nur ein Schienenstrang von Petersburg an den Küsten der Ostsee entlang nach Warschau und von Warschau nach Kiew gelegen: dann war die Eroberung Konstantinopels vollendet, ehe eine Flotte der Westmächte auch nur vor der Pforte der Dardanellen vor Anker lag; dann war eine Expedition nach der Krim Seitens der Allirten eine Unmöglichkeit und die halbe Million Menschenleben, welche der Krieg den Russen bisher gekostet, blieb dem Lande erhalten.

Aber nach göttlichem Rathschlusse sollte es nicht also sein. Rußland mußte seine ehrgeizigen Pläne entfallen, ehe es die Mittel besaß, sie auszuführen; es mußte sich selbst Wunden schlagen, welche es auf lange Zeit unfähig machen, die es begrenzenden westlichen Kulturländer zu bedrohen, weil es versäumt hat, diejenigen Kulturmittel sich anzueignen, welche die Vorsehung der Neuzeit zu ihrer Entwicklung und weiteren Bildung verliehen.

Möge Rußland uns hierin ein warnendes Beispiel sein und möge dies uns antreiben, diejenigen Kulturmittel schleunigst zu benutzen, deren der Staat zu seiner inneren Entwicklung, und zu seiner äußeren Vertheidigung dringend bedarf.

Die Hinterpommersche Bahn aber, das wird uns Niemand bestreiten können, ist von den in Preußen neu zu bauenden Eisenbahnen in militärischer Beziehung die wichtigste, nicht minder wichtig im Kriege gegen Rußland, als im Kriege gegen die Westmächte.

Im Kriege mit Rußland würde die russische Kriegsmacht sich im Königreich Polen um Warschau konzentriren, von hier aus die ganze preussische Grenze von Ostpreußen bis Oberschlesien bedrohen, und Preußen nöthigen, seine Aufmerksamkeit auf dieser ganzen Linie zu zertheilen. Denken wir uns nun, daß es der russischen Macht gelänge, die Eisenbahn in der Nähe von Bromberg, oder Bromberg selbst zu besetzen, zumal dies nur 7 Meilen von der russischen Grenze entfernt liegt, so ist die Provinz Preußen von der Verbindung mit dem übrigen Staate abgeschnitten und der Besatzung durch die russischen Korps preisgegeben. Mit Bromberg fällt dann auch die Provinz Preußen in die Hände der Russen, und die ganze Ostbahn mit ihrer prächtigen Weichselbrücke ist nutzlos, wenn nicht eine zweite Kommunikationslinie die Verbindung der Provinz Preußen mit dem übrigen Staate auch für den Fall sichert, daß Bromberg von den Russen besetzt wird.

Allein diese ganze Gefahr ist beseitigt, sobald durch die Hinterpommersche Bahn eine zweite Kommunikationslinie nach Preußen eröffnet ist. Die Besetzung Brombergs durch die Russen wäre alsdann ein bedeutungsloses Ereigniß. Durch die Hinterpommersche Bahn wäre auf 30 Meilen von der russischen Grenze die Verbindung der Provinz Preußen mit dem Staate gesichert und den preussischen Truppen die Möglichkeit geboten, durch die verlängerte Ostbahn im Rücken der russischen Armee in Litthauen einzudringen und die dicht an der preussischen Grenze entlang zu führende Eisenbahn von Petersburg nach Warschau und hiermit die ganze Kommunikation zwischen Polen und dem Innern des russischen Reiches zu bedrohen.

Erst die Hinterpommersche Eisenbahn bietet also für den Fall eines russischen Krieges eine gesicherte Operations-Basis.

Ebenso wichtig aber ist die pommersche Eisenbahn für den Fall, daß Preußen mit einer Seemacht in Krieg verwickelt würde. — Hätte Rußland an den Gestaden des Schwarzen Meeres und der Ostsee Eisenbahnen besessen, so wäre die Landung der Allirten in der Krim eben so wenig glücklich, als sie in der Ostsee erhebliche Erfolge erzielt hätte. Wenn dagegen das Meer mit Dampf besetzt wird, während sich auf dem Lande eine disciplinirte Armee in Marschen von nur 3 Meilen täglich fortbewegt, so sind die Waffen zu ungleich, und der Sieg kann nicht so zweifelhaft sein. Und steht denn Preußen darin anders da, als Rußland? Oder will es sich auf den Schutz seiner Flotte verlassen?

Ungeköstet und den Angriffen der Flotten preisgegeben sind die pommerschen Küsten, seitdem die Sandbanken der seichten Ufer die flachen Dampfboote nicht mehr abhalten, und ein noch so tapferes Kriegsheer vermöchte nicht, dieselben zu beschirmen, so lange nicht eine Eisenbahn das Land durchzieht und der Armee erlaubt, an jedem bedrohten Punkte sofort zu erscheinen!

Orientalische Frage.

Stockholm, Dienstag, 18. Dezember, Vormittag. Ein Vertrag Schwedens mit den Westmächten wurde, dem Vernehmen nach, gestern ratifizirt.

London, 16. Dezember. (Tel. Dep. d. Independence.) Der „Observer“, ein halboffiziell Journal, dementirt die umlaufenden Friedensgerüchte als Börsen-Spekulationen. Rußland, sagt das Blatt, wird den Widerstand fortsetzen. Es ist zu unvollkommen besiegt, um nachzugeben. Die Reduktion der österreichischen Armee sei nichts als eine politische Gaulei.

Aus London den 17. Dezember erhalten die „S. A.“ folgende telegr. Depesche: Die Morning Post will aus authentischer Quelle wissen, daß Graf Osterhazy gestern von Wien nach Petersburg abgereist ist (die Abreise wird auch von einer Mittheilung der Schlef. Z. aus Wien vom 16. als bevorstehend gemeldet) und Depeschen mitgenommen hat, welche folgende Friedensvorschlüge enthalten: Ausschließung aller Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meere, Schleifung der Festungen an den Küsten desselben, Verzicht auf alle Rechte Rußlands zur Intervention in den Staaten des Sultans und auf das Protektorat der Donaufürstenthümer und Abtretung des die Mündungen der Donau in sich schließenden Theils von Bessarabien. Noch niemals sei, heißt es in Morning Post weiter, ein Aktensstück bestimmter und unzweideutiger abgefaßt gewesen. Eine ausweichende Antwort werde nicht angenommen werden, und wie behauptet werde, wolle Oesterreich für den Fall einer abschlägigen Antwort auf dieses sein Ultimatum seinen Gesandten von Petersburg abberufen. Die russische Antwort könne in drei Wochen erwartet werden.

Deutschland.

SS Berlin, 18. Dezember. Mit der Vertagung der Verhandlungen der Landesvertretung ist eine vorübergehende Ruhe in der angeregten politischen Thätigkeit eingetreten. Die Abgeordneten hatten in diesen ersten Wochen Zeit, einander kennen und die Tragweite der einzelnen Parteien schätzen zu lernen; die kurze Ruhe gehört der Stärkung für den parlamentarischen Kampf, der diesmal eine ganz besondere Lebendigkeit annehmen dürfte. Denn, wenn gleich die Rechte eine überwiegende Majorität besitzt, so daß die Annahme fast aller Regierungsvorlagen, selbst solcher, welche man in früheren Jahren entschieden abgelehnt hat, gesichert scheint, so darf man gegenüber dem Umstande, daß fast alle Kapazitäten in allen Phasen der öffentlichen Thätigkeit auf der Linken sitzen (ich nenne Ihnen für die Geseßgebungs- und die praktische Regierpflege Wenzel und die beiden Reichensperger, für Verwaltung und Finanzwesen Patow und Kühne, für Agrarverhältnisse Lette, Hartort und Graf Schwerin) gewiß auf einen gründlich motivirten Widerspruch gefaßt sein, der jedenfalls, wenn auch ohne formellen Erfolg, doch gegen die Phrasen und Paradoxen, mit welchen die Rechte systematisch, ja fast schematisch kämpft, in das Gewicht fallen wird. Gleich nach dem Schlusse der gestrigen Plenarsitzung fanden von Seiten der Abtheilungen die Kommissionenwahlen für den Antrag des Grafen Schwerin und die Verfassungs-Angelegenheiten statt; in beide Kommissionen ist kein Mitglied der Linken gewählt worden. Der Graf Schwerin schien diesen Erfolg vorausgesehen zu haben; wir hören, daß er auch auf Ablehnung des Antrages gefaßt ist, aber geäußert habe, daß der Zweck des Antrages erreicht sei, da bei Verhandlung des Gegenstandes auf der Tribüne die Wahlunttriebe wenigstens des Genäueren beleuchtet würden. Die Verfassungs-Kommission besteht aus 14 Mitgliedern, welche sämmtlich der äußersten Rechten angehören. Vorsitzender ist v. Gerlach, dessen Stellvertreter Graf Schweinitz, Schriftführer ist Michaelis, sein Stellvertreter von Rechenberg. Außerdem nenne ich Ihnen unter den Mitgliedern noch die Herren Breithaupt, v. Alder, v. Hertefeld, um Ihnen nach der bekannten Auffassung der Verfassung und Vorliebe für dieselbe, wie sie diese Herren in den letzten Sessionen der abgelaufenen dritten Legislaturperiode betheätigt haben, einen kleinen Begriff von dem zu geben, was man von dieser Verfassungs-Kommission zu erwarten hat. Nicht umsonst erhob sich in der gestrigen Sitzung Herr v. Gerlach, um gegen den Wunsch des Ministers die Bildung einer besonderen Verfassungs-Kommission zu befürworten. So kommt man jedenfalls bequemer an das Ziel, als in der Gemeinde-Kommission, in welcher auch die andern Fraktionen des Hauses, wenn auch noch so schwach vertreten sind. Wie ganz anders gestaltete sich die Kommissionsbildung im vergangenen Jahre. So befanden sich damals z. B. in der Verfassungs-Kommission 5 Mitglieder der Linken, 5 der Rechten, 2 der über nach verwandten Partei v. Bethmann-Hollweg und 2 der zur Linken in ähnlichem Verhältniß stehenden Partei der Katholiken. Man sieht hier wenigstens das ehrenwerthe Bestreben nach einer

Gleichheit in der Vertretung der Parteien, wie sie bei einer ehrlichen und offenen Absicht immer nur das Gute gefördert hat und fördern wird. Der wichtigste Gegenstand, welcher der Verfassungs-Kommission unterbreitet wird, ist die beantragte Abänderung des Art. 42 und Aufhebung des Art. 114 der Verfassung, womit die wichtigsten und tiefgehendsten bestehenden Institutionen in Frage gestellt sind. Der Art. 42 unterwirft „das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum“ keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung und gewährleistet die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablosbarkeit der Lasten. Ferner hebt der Artikel ohne Entschädigung die Gerichtsbarkeit, die gutherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die mit gewissen Grundstücken verbundenen Hoheitsrechte und Privilegien auf, eben so die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrschaft, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassungen herkommenden Verpflichtungen. Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisherigen Berechtigten dafür oblagen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden. Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen, heißt es weiter, bleibt besonderen Bestimmungen vorbehalten.

Nicht umsonst ist die Abänderung, resp. Aufhebung dieses Artikels, so oft sie beabsichtigt wurde, verworfen worden, da er nur die Grundsätze befestigt, welche die preussische Gesetzgebung seit dem Anfang dieses Jahrhunderts in dem Bereiche der Agrar-, Kultur- und Gewerbe-Verhältnisse befolgt hat und durch die verfassungsmäßige Bürgschaft den Schlußstein dieses Systems und der dadurch begründeten neuen Rechtszustände bildet. Andererseits sind die bauerlichen Verhältnisse durch Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit mit diesem Artikel geregelt und eine weitere gedeihliche Entwicklung damit geboten worden, deren Verhinderung nicht nur jenseits der Grenzen der beschworenen Verfassung, sondern jenseits der des Landkultur-Edikts vom 14. September 1811 und bis zum Edikt vom 9. Oktober 1807 zurückgriffe. Hoffen wir daher, daß wenigstens die Einführung der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht mit den neuen „Abänderungen“ des Art. 42 verbunden sei, sondern daß diese Abänderungen vielmehr basiren mögen auf den liberalen und in dem Sinne ächt preussischer Gesetzgebung erlassenen allgemeinen Bestimmungen jener Epochen aus den Jahren 1807 und 11 und eben nur das aus dem Art. 42 ausgeschieden werde, was sich durch die Praxis als dringendes Bedürfnis herausgestellt hat. Freilich bleibt die Befürchtung, daß diese Verfassungs-Kommission weiter gehen wird, als die Intentionen der Regierung.

Die jetzt hier tagende Versammlung von Abgeordneten der deutschen Zollvereins-Staaten zur Zollvereins-Konferenz werden von allen hervorragenden Personen im Handels- und Finanz-Ministerium mit besonderer Zuversicht empfangen. Gestern gab der Geheimregerungsrath Delbrück (vom Handelsministerium) den Herren ein glänzendes Diner. Wie ich übrigens erfahre, wird die Konferenz auch die Lebensmittelfrage und die zu ergreifenden Mittel zur Linderung des Nothstandes in den Kreis ihrer Verathung ziehen.

Wie man hört, ist von Seiten des Chefs und General-Inspeltors des Ingenieur-Korps und der Festungen, General-Lieutenant Brese, eine Vermehrung des Stabs der Offiziere jenes Korps um 18 Stellen bei dem Staatsministerium beantragt worden. Der Finanzminister hat diesem Gesuche indeß nur in Bezug auf 18 Sekonde-Lieutenants statt gegeben, da jedoch der Antragsteller diese 18 Stellen auf alle Grade bis zum Hauptmann ausgedehnt wissen wollte, so befindet sich die Entscheidung zur Zeit noch in der Schwebe. Möglicherweise, daß sich in dem Staatshaushalts-Etat ein auf diese Angelegenheit bezüglicher Antrag vorfindet.

Der Privatdozent an der hiesigen Universität, Dr. med. Leubuscher, welcher hier sich namentlich als Hygieniker eines ausgeübten und geachteten Rufes erfreut, hat von der medizinischen Fakultät der Universität zu Jena eine Berufung als ordentlicher Professor erhalten und wird derselben Folge leisten. Die Berliner Gelehrtenwelt verliert an dem Dr. Leubuscher einen eben so praktisch tüchtigen Arzt als einen, durch umfassendes theoretisches Wissen ausgezeichneten und mit einer anziehenden Lehrkraft begabten Mann. Es bleibt immer zu bedauern, daß eine solche Kapazität dem preussischen Vaterlande nicht erhalten bleibt.

Man schreibt der „Börsenhalle“ unter dem 16. Dezbr.: „Ein, vorzugsweise die höheren hiesigen Gesellschaftskreise interessirender Vorfall, der sich in der zweiten Hälfte des vorigen Monats ereignete, hat seitdem seine zufriedenstellende Lösung erfahren. Die zur hiesigen türkischen Gesandtschaft gehörenden Personen, bis zum Attaché herab, waren damals, und zwar durch den Bevollmächtigten Braunschweig, Dr. Liebe, zur Aufnahme als Mitglieder des sogenannten „Adeligen Casino“, des Sammelplatzes des Adels und der Diplomatie, vorgeschlagen worden. Bei der statutenmäßig stattfindenden Ballotage fielen dieselben indeß, man sagt, in Folge einer, in der verschiedenen politischen Partei-Stellung wurzelnden

Schnellpressendruck von R. Graßmann in Stettin.